

Wien, am Donnerstag, den 15. Dezember 1927

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 15. Dezember 1927

BERATUNG DES HAUPTVORANSCHLAGES

1928

Bürgermeister Saitz eröffnet im vier Uhr die Sitzung, worauf sofort Gemeinderat Haider, der seine Rede gestern um zehn Uhr nachts abgebrochen hat, seine Ausführungen fortsetzt. Er dankt den städtischen Angestellten und Arbeitern, die keine Gesinnungslumpen geworden sind und deswegen schwere wirtschaftliche Schädigungen ertragen müssen, für den Mut, den sie im Kampf um Recht und Gerechtigkeit aufbringen. Wie es um die soziale Lage der städtischen Angestelltenschaft bestellt ist, zeigen die Ausführungen des Gemeinderates Redner, der ^{gestern} hier erklärt hat, dass es bei den städtischen Angestellten und Arbeitern welche gibt, die nie satt werden können. Das heisst, dass die Forderungen der städtischen Angestelltenschaft nicht berechtigt sind. Durch diese Erklärung Redners wurde die Vertretung der Angestelltenschaft durch die Gemeinderatsmehrheit treffend dargestellt. Beim Bund werden Sie nie müde, für die Bundesangestellten Forderungen zu stellen. In der Gemeinde aber ist Ihre Haltung eine ganz andere. Dadurch dass Sie einen grossen Teil der städtischen Arbeiter das Definitivum genommen haben, wurden viele zu Hilfsarbeitern hinabgedrückt; eine Kulturschande ist es auch, dass Sie die Pensionen von Arbeitern der städtischen Unternehmungen, wenn die Arbeiter gleichzeitig Unfallrentner sind, um die Unfallrente kürzen. Gemeinderat Haider schliesst seine Ausführungen mit dem Appell an den Personalreferenten, die Menschenwürde der städtischen Angestellten nicht weiter zu missachten (lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Höppeler (E.L.) bemerkt, das Budget enthalte nichts als Hausnummern. Das Schulbudget ist um über zwei Millionen erhöht, ohne dass zu erschen ist, für welche Zwecke. Der für Gehaltsvorschüsse präliminierte Betrag ist zu gering. Die Kosten für die Schulinpektoren erscheinen zweimal im Budget. Wenn man die für die Gemeindegewache ausgewiesenen Kosten auf die Zahl der Gemeindegewachleute aufteilt, so ergibt sich, dass ein Mann 56 1/2 Schilling im Monat beziehen müsste. Tatsächlich ist diese Post um ungefähr eineinhalb Millionen überpräliminiert. Der Redner polemisiert gegen den Artikel des Personalreferenten in der Arbeiter-Zeitung, worin von einer Übervalorisierung der Lehrergehalte gesprochen wird, und bemerkt, der Personalreferent habe sich hier vom Präsidenten des Zentrallehrervereines Neumann hineinlegen lassen. In Wirklichkeit sind die Endbezüge der Volks- und Bürgerschullehrer sowie der Oberlehrer und Bürgerschuldirektoren nur zu 78 bis 80 Prozent valorisiert, wenn man die Goldparität zur Grundlage nimmt und gar nur zu 56 bis 58 Prozent, wenn man, wie dies der Verband der städtischen Angestellten tut, die Kaufkraft des Geldes zugrunde legt. Richtig ist, dass die Anfangsbezüge eines Lehrers um 156 Prozent und die Bezüge eines Lehrers nach zwei Jahren um 126 Prozent übervalorisiert seien, das sei jedoch ohne Bedeutung, da seit dem Jahre 1919 Lehrer nicht mehr angestellt werden. Der Redner bespricht sodann das Lehrerdienstgesetz sehr ausführlich. Er erkläre im Namen der gesamten Lehrerschaft, dass diese von dieser Fessel befreit werden ^{zu wünschen}. Der Paragraph über die Lehrerversetzungen ist ein Mittel um die Lehrerschaft zu knebeln. Dieser Paragraph muss verschwinden. In die Qualifikationskommission müssten auch Lehrpersonen kommen. Die höch-

ste Qualifikation "besonders zufriedenstellend" erhalten nur Lehrer, die beim Zentralverein organisiert sind. Es ist ein geflügeltes Wort bei der Lehrerschaft, dass das b.z. bedeute, beim Zentrallehrerverein. (Heiterkeit). Die Disziplinarverhandlungen müssen öffentlich der Disziplinaranwalt müsste ein Lehrer und kein Beamter, dagegen der Verteidiger ein Rechtskundiger sein. Heute werden auf Grund anonymer Anzeigen Disziplinarverfahren durchgeführt, Kinder von neun bis elf Jahren als Kronzeugen einvernommen. Der Redner hält der Disziplinierung des ^{Weber} Gbmannes der christlichen Lehrergewerkschaft entgegen, dass zwei Lehrpersonen, die die Kinder nach einem Vortrage, beziehungsweise nach einem Ausflug auf der Strasse entliessen, ohne sie nachhause zu begleiten, bisher noch nicht in Disziplinaruntersuchung gezogen worden seien. Er beantragt, der Wiener Gemeinderat als Landtag möge eine Novellierung des Lehrerdienstgesetzes im demokratischen Sinn beschliessen. Der Redner richtet an den Personalreferenten das Ersuchen, die Frage der Heimkehrer und Invaliden unter den Lehrern zu regeln und kritisiert die Verhältnisse bei der Krankenfürsorgeanstalt der Lehrer.

Die nächsten Ausführungen des GR. Höppeler beschäftigen sich sehr ausführlich mit der Wiener Schulreform. Der Redner kritisiert insbesondere, dass der Wiener Stadtschulrat nichts unterlasse, um für die Wiener Schulreform im Ausland Reklame zu machen. Den Wiener christlichen Lehrern ist die Schule viel zu heilig, dass man für sie im Ausland Reklame macht. Die Schulreform hat im Schulwesen ein wahres Chaos geschaffen, ein Wirrwarr, indem sich nicht einmal der Wiener Stadtschulrat auskennt. Die Schulreform ist eine Revolution, die unbedingt abgelehnt werden muss. Eine Revolution auf technischem Gebiet kann ein Segen für die Menschheit sein, aber im Schulwesen ist sie ein Verbrechen, weil eine Reform des Schulwesens nur eine Evolution, eine Erneuerung von Innen sein kann. Wohl hat die Schulreform manches an sich und sie wurde auch von christlichen Lehrern vorbereitet, aber nichtsdestoweniger wurde sie der Lehrerschaft aufgezwungen. Die christlichen Lehrer machen eine gesunde, vernünftige Schulreform gerne mit, für Auswüchse aber auf dem Gebiete der Schule geben sie sich nicht her. Die Schulreform Glocksels ist bestrebt, den Materialismus in der Schule durchzusetzen, weshalb sie auch ein Kulturkampf ist. Darauf ist die Entfernung der Kreuzfige eingestellt, die Ausmerzung des Wortes Gott, die Unterdrückung des Schulgebetes, die Erschwerung des Religionsunterrichtes und noch so manches. Gerade die vielen Versetzungen von christlichen Religionslehrern machen den Religionsunterricht beinahe unmöglich. Gemeinderat Höppeler bespricht dann sehr ausführlich Versetzungen mehrerer christlicher Religionslehrer, wobei er einige Fälle besonders hervorhebt.

Er erklärt, dass die christlichen und nationalen von der herrschenden mit Zuckerbrot und Peitsche behandelt werden. Er belegt dies mit einer Reihe von Fällen, wobei er insbesondere den Fall der Lehrerin Helene Hinkel hervorhebt, die pensioniert wurde, ohne auf ihre Dienstfähigkeit untersucht worden zu sein (Hört! Hört! bei der Minderheit) und die infolge Einschreitens des Unterrichtsministeriums reaktiviert werden musste, sowie den Fall der Lehrerin Berta Michel, der plötzlich die Pension vollständig eingestellt wurde. Er erklärt schliesslich die christliche und deutsch gesinnte Lehrerschaft werde sich dem Terror nicht beugen, sondern in treuer Pflichterfüllung aufrecht auf ihren Posten bleiben (Beifall bei der Minderheit).

GR. Lehninger (E-L-) bespricht den Sondervorschlag der Strassenbahnen und bemerkt, in diesem Voranschlag seien wie gewöhnlich die Personalbezüge hoch, die Einnahmen dagegen niedrig präliminiert. Die Ausgaben für das Personal machen mehr als siebenzig Prozent aller Einnahmen aus. Niemand glaubt der Gemeindeverwaltung diese Hausnummern.

Zweiter Bogen.

Stadtrat Speiser bleibt auf alle Anwürfe taub, die gegen seine Personalpolitik erhoben werden; er macht eben Personalpolitik, wie er will. Der Redner kritisiert dann Massregelungen von Strassenbahnern, die nur deshalb gemassregelt wurden, weil sie sich über den 15. Juli abfällig geäußert haben. Auch das System der Entlohnung ist das verwerflichste, was man sich vorstellen kann. Die Mehrdienstleistungen der Strassenbahner, die von der jetzigen Gemeindeverwaltung gezüchtet werden, verhindern die Aufnahme von Arbeitslosen. Ein Schandkapitel sondergleichen ist das System der Aufnahme. Was die Disziplinarkommission anlangt, so hat kein Fehmgericht im Mittelalter solche Schandurteile gefällt, wie sie. Eine heftige Kritik des Redners erfährt auch die Pensions- und Krankenkassa der städtischen Strassenbahner, die seit acht Jahren so verschuldet wurde, dass die Strassenbahner darunter bis zum Jahre 1942 werden leiden müssen. Gegen solche Zustände müssen wir entschieden protestieren und daher lehnen wir den Voranschlag ab. (Beifall bei den Parteien der Einheitsliste).

GR. Kogler (Soz. Dem.) nimmt nun gegen die Ausführungen der Redner der Parteien der Einheitsliste Stellung, wobei er die Personalverwaltungspolitik der christlichsozialen Gemeindeverwaltung mit der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung vergleicht. Die Sozialdemokraten haben den Arbeitern eine bessere Entlohnung, die Verkürzung der Arbeitszeiten und eine andere Behandlung versprochen. Diese Versprechungen wurden auch erfüllt. Unter Ihrer Herrschaft hatte im Jahre 1914 ein Vorarbeiter der Elektrizitätswerke einen Taglohn von 5.67 Kronen, das sind 8.60 Schilling; heute bezieht er 12.96 Schilling. Ein Bauarbeiter hatte 1914 4.76 Kronen, das sind 7.20 Schilling; heute hat er 12.40 Schilling. Sie bezahlten einem Hilfsarbeiter vier Kronen für den Tag und heute erhält ein Hilfsarbeiter 10.71 Schilling als Taglohn.

Das Versprechen der Verkürzung der Arbeitszeit wurde durch die Einführung des Achtstundentages erfüllt. Wir haben den Achtstundentag eingeführt und es gibt auch heute keinen kontinuierlichen Betrieb mehr, wo nicht die 48 Stunden-Woche eingeführt ist. Unter Ihrer Herrschaft betrug die Ueberstundenzahlung 25 Prozent, heute geniesst unser Arbeiter 50 Prozent. Ihrer Verwaltung wäre es auch möglich gewesen, den Arbeitern Urlaubs- und Weihnachtzuschüsse zu geben. Sie haben das nicht getan. Heute nun erhalten die Arbeiter diese Zuschüsse, ebenso Zulagen für den Nachtdienst und für den Sonntagsdienst, die Sie auch nicht für notwendig gefunden haben. Jeder Arbeiter bekommt auch heute eine Pension (Rufe bei der Minderheit: Auch früher!) Ja, wenn es ein guter, braver Arbeiter war, so haben Sie ihm ein Gnadenbrot gegeben. (Stadtrat Kunshak: Wer hat Ihnen denn diese Dummheit aufgeschrieben?) Sie haben auch so viel davon gesprochen, wie jetzt die Aufnahmen durchgeführt werden. Sie haben die Aufnahmen so durchgeführt, dass kein Sozialdemokrat in die Betriebe gekommen ist. Und wenn einer Sozialdemokrat war, so haben Sie die Mittel gefunden, um ihn wieder hinauszubringen.

Gemeinderat Haider hat gestern aus der Schule geschwätzt, indem er zugeben musste, dass auch bei Ihnen nicht alles einwandfrei war. In Wirklichkeit hat unter Ihnen der gewisse Terror geherrscht. Jetzt beschweren Sie sich über einen Terror der nicht vorhanden ist (Lachen bei der Minderheit und Rufe: Hoch der rote Terror). Man vergleiche einmal die Verhältnisse der Arbeiter bei der Gemeinde und beim Bund! Bei der Gemeinde hat der Vorarbeiter v. 1'30 Schilling Arbeitslohn beim Bund

1'08 Schilling. (Gemeinderat Unterwiesing: Die waren doch bei Ihnen organisiert! Haben Sie für die Leute nichts gemacht.) Ich werde darauf noch kommen. Die Facharbeiter erhalten bei der Gemeinde 1'30 Schilling beim Bund 1'03 (Hört! Hört! bei der Mehrheit). Die angelernten Arbeiter bei der Gemeinde 1'20 beim Bund 1'03, die Hilfsarbeiter bei der Gemeinde 1'10 beim Bund 90 Groschen (Lebhafte Hört! Hört! Rufe bei der Mehrheit. Rufe bei der Minderheit: Bei welchen Unternehmen?) In den

Staatsbetrieben. Das sind ganz nette Spannungen. Der Anfangslohn der Frauen bei der Gemeinde ist 80 Groschen, beim Bund 75 Groschen. Bei den Schlussziffern ist die Spannung weit ärger. Bei Vorarbeitern wird bei der Gemeinde 1'76 S. gezahlt, beim Bund 1'32 S. (Lebhafte Hört! Hört! Rufe bei der Mehrheit). Die Facharbeiter bekommen bei der Gemeinde 1'72 beim Bund 1'27 S. Die angelernten Arbeiter bei der Gemeinde 1'61 S beim Bund 1'27 S, die Hilfsarbeiter bei der Gemeinde 1'57 S, beim Bund 1'20 S. Weit ärger ist es noch, dass die Meister in den Staatsbetrieben pro Stunde 1'20 S. erhalten (Lebhafte Hört! Hört! bei der Mehrheit) einen Betrag, den jeder Hilfsarbeiter in einem Privatbetrieb hat, wogegen der Meister bei der Gemeinde ein Beamter ist

In den Staatsbetrieben wird einfach erklärt, dass nur christlichsoziale Arbeiter angestellt werden dürfen. Im Munitionshauptdepot in Stammersdorf zum B. versuchte der Major Miller Betriebsräte die ihm unangenehm waren zu beseitigen, jedoch hat das Einigungsamt den Abbau abgelehnt. Da das also nichts nützte, hat er den christlichsozialen Arbeitern eingegeben, den Rücktritt des Betriebsrates zu verlangen, sonst werde abgebaut werden und tatsächlich haben die christlichsozialen Arbeiter Unterschriften gesammelt und unter ungeheurem Terror ist es gelungen die Betriebsräte zu entfernen.

In der Heereschule in Schlosshof hat man Arbeiter entfernt unter dem Vorwand, dass sie keine österreich. Staatsbürger seien, was gar nicht der Fall war (Lebhafte Hört! Hört! Rufe bei der Mehrheit). Während ein Arbeiter der tatsächlich kein österreichischer Staatsbürger, dafür aber christlichsozial organisiert war, bleiben konnte (Hört! Hört! bei der Mehrheit). Ist das Terror? Im Zentralverpflegungsmagazin hat der Oberverwalter Rauch, einer Ihrer Agitatoren erklärt, der Betriebsrat dürfe nicht so bleiben wie er sei, es müssen Christlichsoziale hineingewählt werden. Wenn es nicht passe, der solle austreten und sich beim republikanischen Schutzbund um eine Arbeit bemühen. Ist das nicht Terror? Im Zeugdepot Kaiser Ebersdorf wurde das Verlangen unserer Leute, dass der 12. November und die Weihnachtsfeiertage bezahlt werden abgelehnt. Nachdem der Betriebsrat durch Ihren Terror christlichsozial geworden war, hat man ohne dass die Forderung gestellt worden wäre, den 12. November bezahlt. (GR. Nachnebel: Und da sagt man immer: Ihr seid keine Republikaner! - Heiterkeit). Einer Ihrer Hauptagitatoren, der Oberst Gang hat mehreren Christlichsozialen durch Handschlag versichert, sie mögen ihre Agitation nur fortsetzen, es werde niemandem etwas geschehen.

GR. Hengl (E.L.): Ist der bei der Schuhwa Oberst?

GR. Wagner (E.L.): Nein beim Scheißba (Lebhafte Heiterkeit).

GR. Kogler: Dazu hat man noch andere Agitatoren angestellt. Wir gratulieren Ihnen dazu, dass Sie Leute die von uns hinausgeworfen sind, mit offenen Armen aufnehmen. In der Staatsfabrik Simmering hat man 12 freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter erst durch hinauszubringen versucht, dass man erklärt, die Trainwerkstatt werde aufgelöst. Als dieses Mittel keinen Erfolg gehabt hat, sind christlichsoziale Arbeiter in die Wohnungen der anderen Arbeiter gegangen und haben den Frauen gesagt, dass ihre Männer bewegen müssen, sich christlichsozial organisieren zu lassen, sonst werden sie unbarbarisch entfernt (Lebhafte Hört! Hört! Rufe bei der Mehrheit).

GR. Prinke (E.L.): Das sind Mäuschen!

GR. Hedorfer: Ich erzähle Ihnen einmal, was für Lumpereien Ihr in Simmering gemacht habt (Lachen bei der Minderheit). Die Lumpereien werdet Ihr nicht weglachen!

GR. Doppler (E.L.): Ihr habt die Leute zu tausenden entlassen!

GR. Kogler: Den Leuten, die christlichsoziale Agitation betrieben haben, hat man ausserhalb des Kollektivvertrages Zulagen gegeben, während hochqualifizierte freigewerkschaftliche Arbeiter keine Zulagen erhalten haben.

Es wurde hier auch gesagt, dass sich bei der Aufnahme zur Strassenbahn unerhörte Dinge abspielen. Darüber sollten Sie lieber schweigen. Man müsste sonst davon sprechen, wie es unter Ihrer Verwaltung war. Wir nehmen den Standpunkt ein, dass die städtischen Unternehmungen nicht für einzelne Familien vorhanden sind.

Rufe bei den Christlichsozialen: Bei Euch sind lauter Doppelverdiener!

GR. Täubler (Soz. Dem.): Von Euch angestellt!

Rufe bei den Christlichsozialen: Herr und Frau Täubler! Er meldet sich schon!

GRin. Glöckel: Den Täubler habt Ihr ja entlassen?

GR. Kogler: Es ist Ihnen in diesem Saal schon wiederholt gesagt worden, wie Sie in der schamlosesten Weise Protektion geübt haben. Wir Funktionäre und die Bediensteten der städtischen Unternehmungen sind mit der Personalpolitik, die jetzt geübt wird, vollständig zufrieden. Wir werden unseren Weg gehen und ^{werden} zusammen mit der jungen Generation den Kampf solange führen, bis wir den Sozialismus verwirklicht haben. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit).

GR. Doppler (E.L.): Die Personalpolitik der Gemeinde ist gewiss von weittragender Bedeutung. Wäre das Lob, das der Vorredner dieser Personalpolitik gezollt hat, begründet, wir würden uns darüber freuen. Aber die Dinge liegen gar nicht so. Auch die Vergleiche der Löhne der Bediensteten in den Gemeindebetrieben mit den Löhnen in den Bundesbetrieben hinken. Tatsache ist, dass viele Arbeiter aus den Gemeindebetrieben zu uns kommen und erklären, dass sie früher viel leichter gearbeitet haben, als Menschen gewertet wurden, während sie heute nur als ein Stück organisiertes Subjekt behandelt werden. Mit dem Dienstgeber dürfen Sie überhaupt nicht mehr verhandeln. Das besorgen die kleinen Banzchen. Freilich, wenn man ein Ratzenberger oder Rehner ist, dann wird man gut behandelt, aber ganz anders ist es, wenn man beispielsweise nur ein armer Kanalräumer ist, der sich eine kleine Verfehlung zuschulden kommen liess. Der Mann hat Gewerkschaftsbeiträge einkassiert, die Frau war schwanger, Geld war keines im Haus, eine Schar Kinder war bereits vorhanden und der Mann hat ungefähr siebzig Schilling nicht abgeliefert.

Trotzdem seine Kollegen ihm den Betrag gestundet und für seine Belastung gebeten haben, wurde der Mann entlassen. Der Redner tadelt dann die Abzüge, insbesondere die Abzüge für Schutzbundmonturen und für das Gehalt des Fachvereines Obmann Peterlein, die die städtischen Kanalräumer wöchentlich leisten müssen. Zu den Ausführungen des Gemeinderates Reder bemerkt GR. Doppler, dass die Mitglieder der Minderheit mit aller Entschiedenheit sich gegen die Darstellung des Gemeinderates Reder wenden müssen, dass Oppositionsredner die städtischen Angestellten beschimpft haben. Seine Darstellung ist eine völlige Entstellung. Die weiteren Ausführungen des GR. Doppler beschäftigen sich dann mit dem Verhalten der städtischen Angestellten- und Arbeiterschaft am 15. Juli, wobei er gegen die Behauptung des Gemeinderates Reder, er habe am 15. Juli die Angestellten beschwichtigt, die Rathauskorrespondenz zitiert, die meldet, dass der Vizepräsident des Verbandes der städtischen Angestellten in der Versammlung im Arkadenhof gegen das Schattendorfer Urteil protestiert hat.

am 15. Juli
Er verweist sodann darauf, dass ein Bezirksvorsteher dem Amtsleiter/behohlen habe, das Haus zu sperren (Lebhafte Hört-Hörtrufe bei der Minderheit). Auf seine Anfrage wurde dem Amtsleiter von einem Beamten der Mag. Dir. bestätigt, der Mag. Direktor wisse, dass die Sperrung erfolgen solle

und sei damit einverstanden (Lebhafte Hört-Hörtrufe bei der Minderheit). Ähnliches war bei einer Reihe anderer Bezirksämtern der Fall. Wir wissen schon, dass es eine grosse Zahl städtischer Beamter gibt, denen es kein Vergnügen war mitzugeben, die nur zu solchen Dingen missbraucht werden. Es war gar nicht notwendig, dass Gemeinderat Reder die städtischen Angestellten verteidigt hat, wir haben genug Hochachtung vor denen, die sich trotz des furchtbaren Drucks als aufrechte Charaktere erwiesen haben (Lebhafte Beifall bei der Minderheit). Solange Reder seine gestrige Behauptung, es seien Leute von der Sicherheitswache niedergeschlagen worden, nicht durch Namensnennung belegt, was ja leicht möglich sein muss, müssen wir das als eine Verächtigung der ordnungsliebenden Sicherheitswache hinstellen (Lebhafte Beifall bei der Minderheit). Reder und Kogler haben vom Mund gesprochen, nach der Taktik, reden wir von etwas anderem. Die Verhältnisse beim Bund hinsichtlich der Bezahlung der Angestellten sind mit diesen bei der Gemeinde nicht zu vergleichen, da der Bund beim Umsturz sein Vermögen verloren hat und dazu noch Beamte der Sukzessionsstaaten übernehmen musste, während sich die Gemeinde beim Umsturz bereichert hat. Die Lohnpolitik der Gemeinde ist ganz unabhängig von der des Bundes.

Stadtrat Breitner: Ist für die Bundesbeamten das Fleisch und Brot billiger?

GR. Doppler: Herr Stadtrat Breitner hat als er noch nicht Stadtrat war, einmal dem Beamten im Zirkus Busch gesagt, sie mögen nur fordern ohne sich um die Bedeckung zu kümmern. Heute weist er die Beamten auf die Bedeckung hin.

GR. Beisser: Ihr erklärt aber immer, man solle nur die Steuern er niedrigen, man brauche den Beamten nichts zu geben!

GR. Doppler: Ich werde Ihnen nicht den Gefallen tun, zu antworten wie Sie es wünschen um hier Exzesse verüben zu können. Ich lasse den Herrn Beisser lieber allein zerspringen. (Heiterkeit und zahlreiche Zwischenrufe).

GR. Jenschik: Bei der Postsparkasse habt Ihr das Geld verpulvert!

GR. Haider: Was ist es mit den zwei Milliarden des Herrn Elärsch?

GR. Reismann: Der Zimmerl hat auch eine Abfertigung bekommen!
Rufe bei den Christlichsozialen: Aber nicht in der Höhe!

GR. Hofbauer: Hören Sie doch mit Ihren Methoden auf, Ihr seid ja so empfindlich, wenn man Euch etwas vorwirft.

GR. Haider: Und Ihr solltet von der Postsparkasse nichts reden!

GR. Doppler: Auch Steuerermässigungen kommen im Wege einer Verbilligung der Lebenshaltung den Beamten zugute. Aus den obenangeführten Gründen, darf man den Abbau beim Bund und bei der Gemeinde nicht vergleichen. Der Abbau bei der Gemeinde war ja auch kein freiwilliger, er ist vielmehr durch Drohungen der Personalvertretung erzwungen worden. Im Uebrigen haben ja ^{Sie} unter der Kanzlerschaft Renners und unter der glorreichen Regierung Seitz 28.000 Offiziere ohne Abfertigung antlassen wollen und nur der Weigerung des Referenten ist es zu danken, dass Sie von diesem schandhaften Vorhaben abgehalten wurden. Der Redner bespricht sodann den Erlass des Mag. Dir. vom 17. November 1927, worin verfügt wird

Vierter Bogen.

dass Gehilfenausschüsse und Gewerkschaften von dem Ergebnis der von Ihnen erstatteten Strafanzeigen zu verständigen sind und als Gewerkschaften die freien Berufsorganisationen erklärt werden. (Lebhafte Hört-Hörtrufe bei der Minderheit). Dieser Erlass ist eine Ungehörigkeit, ein Amtsmisbrauch schlimmster Sorte, hier wird offenkundig Parteipolitik geübt. Ist der Mag. Direktor der oberste Beamte der Stadt, oder ein Parteisekretär? Dieser Erlass soll den Gehilfenausschüssen und freien Gewerkschaften Agitationstoff geben und den Leuten die Möglichkeit zum Vernadern geben (Pfuirufe bei der Minderheit). Der Redner kritisiert sodann die zuständigen Invaliden an, indem er hervorhebt, dass der gesetzliche Beirat lediglich aus Sozialdemokraten zusammengesetzt sei und das Arbeitslosenkomitee, das im Gesetz nicht begründet ist, sich Ältereinsichtnahme und Beeinflussung der Beamten erlaube. Der Personalreferent möge Ordnung machen, und dieses Arbeitslosenkomitee entfernen. Er wendet sich ferner dagegen, dass der Personalreferent seinen ganzen Einfluss aufgewendet habe, um der Krankenfürsorgeanstalt den Wäldschhof um teures Geld aufzugeben. Wir haben, schliesst der Redner alle Ursache, die Personalpolitik der Gemeinde auf das schärfste zu verurteilen, diese Personalpolitik muss für immer ausgeschaltet werden (Lebhafte Beifall bei der M.L.).

Nach einer tatsächlichen Berichtsgang des Gemeinderates Lehninger ergreift Stadtrat Speiser das Wort. Er weist darauf hin, dass zwischen den Ausführungen des Gemeinderates Doppler und Gschladt ein Hauptgegensatz bestehe. Gemeinderat Doppler habe gemeint, die Gemeinde habe sich in ihrer Personalpolitik um den Bund nicht zu kümmern, während Gemeinderat Gschladt uns zum Vorwurfe machte, dass wir uns in die Verwaltungspolitik des Bundes nicht einpassen. Diese beiden Auffassungen lassen sich nicht zusammenreimen. Ich glaube, man kann in den öffentlichen Verwaltungskörperschaften in der Republik nicht ohne gegenseitige Rücksichtnahme vorwärtskommen und jeder seiner Pflichten bewusste öffentliche Verwalter muss sich bemühen, eine von gleichen Richtlinien getragene dem Personal gegenüber wohlwollende, aber auch die Interessen der Bevölkerung berücksichtigende Politik zu machen.

Herr Gemeinderat Gschladt wenn beispielsweise sagt, dass die städtischen Angestellten früher ein Elitekorps waren, heute aber nur mehr gezwungen in den Dienst gehen und die städtische Betriebe und Kanzleien nur mehr ein grosser Kerker sind, dann ist das eine solche masslose Uebertreibung, dass ich sie nicht nur im Namen der Verwaltung, sondern der wirklich dadurch beleidigten städtischen Angestellten auf das entschiedenste zurückweisen muss. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit). Wenn der Herr Gemeinderat Gschladt viele Beamte das vom Untertatzen eines Stadtbauamts als einem korrupten Bauunternehmen spricht, so muss ich diese Pauschalverdächtigung gegen viele Beamte dieses Amtes ebenso entschieden zurückweisen. (Neurlicher Beifall).

ST.R. Kynschak: Ist das Bauunternehmen korrupt oder nicht? Es ist korrupt!

ST.R. Speiser: Ganz haltlos sind die Angriffe auf den Magistratsdirektor, von dem gesagt wurde, dass er zum Parteisekretär herabavanciert ist. Im Zusammenhang mit einer Disziplinarsache wurde dem Magistratsdirektor hier im Gemeinderat eine Aeusserung in den Mund gelegt, die er schon deswegen gar nicht gemacht haben kann, weil er während dieser Zeit auf Urlaub gewesen ist. (Hört-Hört!).

GR. Jenschik: Das hat der akademisch gebildete Herr Gschladt erfunden!

St.R. Speiser: Ebenso haltlos ist der zweite Angriff. Das Rundschreiben an die magistratischen Bezirksämter verlangt, dass die Gehilfenausschüsse und die Gewerkschaften so behandelt wer-

den, wie die Genossenschaften, wenn sie Strafanzeigen in gewerblichen Angelegenheiten erstatten. Es sind alle Gewerkschaften darunter gemeint, also auch die christlichen. Ich glaube, dass ich es nicht länger notwendig habe, den Herrn Magistratsdirektor zu entschuldigen (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit). Ich möchte nur sagen, dass der Minderheit wenn sie davon spricht, dass der Magistratsdirektor zum Parteisekretär herabavanciert ist, eine Verwechslung/unterlaufen ist (Heiterkeit und Rufe bei der Mehrheit: Der Pawelka!).

Auf die Anwürfe, dass die städtischen Angestellten unter Terror zu leiden habe, erklärt Stadtrat Speiser, dass er nicht dafür sei, dass die Arbeitsleistung der städtischen Angestellten und Arbeiter danach beurteilt werde, welcher politischen Richtung sie angehören, sondern, dass es im Interesse der Verwaltung liege, dass tüchtige Menschen gefördert werden. Ich muss in diesem Zusammenhang sagen, dass zur Durchführung einer Betriebs-Verwaltungs-Reform, die mein Ziel ist auch die nötigen Mittel zur Verfügung stehen müssen.

Solche Mittel sind das ausserordentliche Avansament und gewisse Remunerationen für ausserordentliche Einzelleistungen. Ich erkläre mich bereit, den Herrn in die Listen Einsicht nehmen zu lassen.

Stadtrat Speiser tritt ferner dem Irrtum entgegen, dass die Anstellungen von den Gewerkschaften vollzogen werden. Dass die Art der Gehaltbewegung beim Bunde auf die Gemeinde zurückwirken müsse, sei selbstverständlich, heute bereits sind die Angestellten der Gemeinde um 18 bis 20 Prozent höher besoldet als die Bundes-

angestellten. Es wird auch weiterhin getrachtet werden, die Interessen der städtischen Angestellten im Rahmen der Möglichkeit zu fördern.

Schliesslich nimmt Stadtrat Speiser gegen den Vorwurf Stellung, dass sich das Personalreferat in den Händen der Betriebsräte sich befinde und stellt fest, dass trotz aller Kränkheiten, die auch die Betriebsräteorganisation mitzumachen hatte, mit dem Betriebsrätesystem sowohl hinsichtlich der Beamten wie der Arbeiter die besten Erfahrungen gemacht worden seien.

GR. Reismann berichtet tatsächlich, dass er mit der vom Gemeinderat Lehninger erwähnten bei der Strassenbahn angestellten Frau Reismann weder verwandt noch bekannt ist und auch niemals interveniert hat. Die Dame ist ihm gänzlich unbekannt.

Die Verwaltungsgruppe wird mit den Stimmen der Mehrheit genehmigt. Der Antrag Höppeler auf Novellierung des Wiener Lehrerdienstgesetzes wird abgelehnt.

Schluss der Sitzung zehn Uhr nachts. Morgen Freitag wird die Budgetberatung um vier Uhr nachmittags fortgesetzt. Es gelangt die Verwaltungsgruppe für Wohlfahrtspflege zur Verhandlung.

.....